

An den Präsidenten des Niedersächsischen Landtages
- Petitionsausschuss -
Hannah-Arendt-Platz 1
30159 Hannover

Hiermit unterstütze ich die nachfolgende Petition für eine grundsätzliche Veröffentlichung von an den Landtag Niedersachsen oder dessen Gremien gerichtete Stellungnahmen und Gutachten.

Name:

Anschrift:

Ort, Datum:

Unterschrift:

Petition

Hiermit fordere ich den niedersächsischen Landtag und die niedersächsische Landesregierung dazu auf, Gutachten und Stellungnahmen, die im Rahmen des parlamentarischen Betriebs (z.B. in den Ausschüssen) in Auftrag gegeben, angefordert oder eingeholt werden, der allgemeinen Öffentlichkeit grundsätzlich zur Verfügung zu stellen. Außerordentliche Ausnahmen von dieser Regel sollten dann möglich sein, wenn im Einzelfall die Veröffentlichung dem Wohl der Menschen im Land nicht dienlich ist.

Begründung

Demokratie lebt von Transparenz, solange diese nicht zur Gefährdung von Persönlichkeitsrechten führt oder aus anderen, politischen und im Einzelfall zu betrachtenden Gründen fragwürdig oder unzulässig erscheint.

Im Rahmen der Arbeit der Ausschüsse des niedersächsischen Landtags werden beispielsweise immer wieder Stellungnahmen und Gutachten angefragt und eingefordert. Diese werden bislang - so unser Kenntnisstand - in aller Regel nicht veröffentlicht und stehen somit dem öffentlichen Diskurs mit dem Austausch von Sachargumenten und der Beschreibung unterschiedlicher Perspektiven nicht zur Verfügung.

Ich halte das für einen abzustellenden Mangel, der dem Anspruch einer Demokratie, Gesetzgebungsprozesse so weit wie möglich für jeden daran interessierten Menschen nachvollziehbar zu gestalten, nicht gerecht wird.

Selbstverständlich ist den Erstellern von Gutachten und den Verfassern von Stellungnahmen die anschließende Veröffentlichung im Vorfeld anzukündigen.

In wenigen Ausnahmefällen ist es denkbar und möglich, dass eine Veröffentlichung bestimmter Informationen für die Menschen im Land Niedersachsen oder anderswo zum Nachteil gereichen würde. Dann ist von einer ungeschwärzten Veröffentlichung dieser Dokumente abzusehen. Diese Ausnahmeregel darf in der Praxis aber nicht dazu führen, dass unter Bezug auf diese Ausnahmeregelung die Veröffentlichung wesentlicher Anteile von Stellungnahmen und Gutachten unterbleibt.

Im rot-grünen Koalitionsvertrag der derzeitigen Landesregierung heißt es in der Präambel:

"Um den großen Herausforderungen gemeinschaftlich zu begegnen, wollen wir mehr Demokratie wagen. Demokratie lebt von kontinuierlicher Beteiligung und Transparenz. Viel zu lange wurde in Niedersachsen ein obrigkeitsstaatlicher Politikstil betrieben. Beteiligung wurde zu sehr auf die Stimmabgabe bei Wahlen reduziert. Wir setzen dagegen auf Gemeinwohlorientierung statt auf Klientelpolitik und wir glauben an die Gestaltungskraft der Zivilgesellschaft. Wir verstehen modernes Regieren als einen lebendigen Austausch zwischen Bevölkerung, Landesparlament und Landesregierung."

Quelle:

http://www.spdnds.de/imperia/md/content/landesverbandniedersachsen/ltw2013/koalitionsvereinbarung_der_jahre_2013-2018.pdf

Im Lichte dieses Selbstverständnisses und unter Verweis auf die angeführten Argumente und Tatsachen halte ich es für sinnvoll und notwendig, dass sich der Niedersächsische Landtag und die Niedersächsische Landesregierung ernsthaft mit dieser Petition beschäftigen und sie inhaltlich umsetzen werden.

Hinweis:

Dieses Blatt bitte nicht direkt an den Landtag schicken, sondern an freiheitsfoo, damit die Petition gemeinsam mit den Unterstützerunterschriften aller Mitzeichner*innen eingereicht werden kann.

Wir sammeln die eingehenden Unterstützer-Formulare bis Ende November 2016:

An
freiheitsfoo
c/o Michael Ebeling
Kochstraße 6
30451 Hannover